



Abweisungsbeschluss

In dem Verfahren

Vorstand der
Piratenpartei Deutschland Regionalverband Westbrandenburg
Marktplatz 10
14806 Bad Belzig
west@piratenbrandenburg.de
Vertreten durch

— Antragsteller, —

gegen

Vorstand der
Piratenpartei Deutschland Landesverband Brandenburg
Garnstr. 36
14482 Potsdam
vorstand@piratenbrandenburg.de
— Antragsgegner, —

Aktenzeichen SGdL-04-20-H, ehemals vorläufiges Az LSG Bbg 20/5,

wegen

mehreren Anträgen, welche der Landesvorstand Brandenburg gegen den Regionalverband Westbrandenburg beschlossen hat,

hat die 1. Kammer des Schiedsgericht der Länder (SGdL) der Piratenpartei Deutschland durch die Richter Melano Gärtner, Stefan Lorenz, Wolfgang Dudda, Dominique Reinoß und Vladimir Dragnić durch Umlaufbeschluss am 03.01.2021 entschieden:

1. Die Klage wird abgewiesen.
2. Der Termin der Hauptverhandlung am **20.01.2021 um 20:30 Uhr** wird aufgehoben.
3. Der Richter Melano Gärtner wird i.A.a. § 12 Abs. 7 SGO die in diesem Verfahren gefassten Beschlüsse in Vertretung für den Spruchkörper unterzeichnen.



I. Sachverhalt

Am 27.09.2020 wurde auf dem Onlineparteitag des Landesverbands Brandenburg unter anderem der Antrag SO-0037¹ positiv abgestimmt, wodurch der Landesvorstand aufgefordert wurde gegen den Vorstand des Regionalverbands Westbrandenburg eine Ordnungsmaßnahme auf Amtsenthebung in die Wege zu leiten.

Auf der Vorstandssitzung des Landesvorstands Brandenburg am 09.10.2020, wurde die Amtsenthebung des Regionalverbands West durch Beschluss B2020-047² dann auch entschieden.

Auf der Landesvorstandssitzung am 15.10.2020 wurde der Beschluss B2020-047 nochmals per Abstimmung vom Landesvorstand bestätigt³.

Bereits am 10.10.2020 wurde dem Regionalverbandsvorstand per E-Mail das Ergebnis zu Beschluss B2020-0047 mitgeteilt und einen Termin zu einer Anhörung für den 15.10.2020 geladen.

Eine Antwortmail vom Regionalvorstand durch dessen Vertreter, ging am 14.10.2020 an den Absender und dem Landesvorstand.

Am 16.10.2020 erging dann der schriftliche Erlass einer Ordnungsmaßnahme gegen den Regionalvorstand Westbrandenburg. Ebenfalls am gleichen Tag erging der Beschluss/Einstweilige Anordnung vom Landesschiedsgericht Brandenburg Bbg 20/4 EA⁴, wonach der am 24.11.2019 gewählte Regionalvorstand auch nach Erlass der Ordnungsmaßnahme vom 15.10.2020 im Amt bleibe. Der Spruchkörper fand diesbezüglich in seiner Begründung auf Seite 3 in den Absätzen 3-4 klare Worte zum Einsetzen eines kommissarischen Vorstands.

Am 20.10.2020 reichte der Vorstand des Regionalverband Westbrandenburg Klage beim Landesschiedsgericht Brandenburg bezüglich der Beschlüsse B2020-047 und -050 ein. Auf Nachfrage des Landesschiedsgerichts Brandenburg, ergänzte der Antragsteller seinen Antrag und erweiterte diesen auch auf die erlassene Ordnungsmaßnahme des Landesvorstands Brandenburg vom 16.10.2020.

Durch den Austritt des Richters ■■■ am 24.10.2020, war das Landesschiedsgericht mit nur noch zwei Personen besetzt und somit nicht mehr beschlussfähig.

Am 22.11.2020 wendet sich der Antragsteller daher an das Schiedsgericht der Länder und beantragt sinngemäß:

1. „die Beschlüsse B2020-047 und B2020-050 aufzuheben“,
2. und festzustellen, „dass unter Ziffer 1 aufgeführten Beschlüsse nichtig sind.“

¹Onlineparteitag Brandenburg 2020.2, Antrag SO-0037

²Landesvorstand Brandenburg, B2020-047

³Landesvorstand Brandenburg, B2020-050

⁴Landesschiedsgericht Brandenburg, Bbg 20/4 EA



3. „Ferner wird beantragt die Ordnungsverfügung vom 16.10.2020 gegen den Regionalvorstand aufzuheben“,
4. und festzustellen, „dass die unter Ziffer 3 genannte Ordnungsverfügung nichtig ist.“

Am 28.11.2020 fand die Mitgliederversammlung 2020.3 des Regionalverbands Westbrandenburg statt, wo die Auflösung des Regionalverbands zum 31.12.2020 beschlossen wurde.

Am 09.12.2020 wurde das Verfahren SGdL-04-20-H⁵ am Schiedsgericht der Länder eröffnet.

Erst am 31.12.2020 benachrichtigt der Antragsteller das Schiedsgericht über den Umstand der Auflösung des Regionalverbands, dass am selbigen Tag um Mitternacht der Regionalverband nach Beschlussfassung aufhört zu existieren. Durch einen Dialog, der über den Tag hinweg zwischen dem Berichterstatter im Verfahren und dem Antragsteller stattfand, wurde eine Übereinkunft getroffen die Einstellung des Verfahrens per Beschluss anzuordnen.

II. Entscheidungsgründe

Die Anträge sind zulässig, aber unbegründet.

1.

Die Anträge sind form- und fristgerecht eingereicht.

Das Schiedsgericht der Länder ist zuständig, § 6 Abs. 1, Abs. 3 Satz 1 i.V.m. Abs. 6 SGO.

2.

Die Anträge sind dahingehend unbegründet, da mit der Auflösung des Regionalverbands und dem dahinscheiden des Regionalvorstands es im Verfahren somit an einen Antragsteller mangelt und eine Anrufung nach § 8 Abs. 1 Satz 1 SGO nicht mehr gegeben ist. Dadurch ist die Erledigung in der Hauptsache eingetreten und die ursprünglich zulässigen Anträge sind nun als unbegründet zu erkennen.

III. Rechtsmittel- / Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen Punkt 1 kann binnen eines Monats nach Bekanntwerden eines Grundes, § 13b Abs. 3 1. Halbsatz SGO, welcher eine Wiederaufnahme des Verfahrens nach § 13b Abs. 1 SGO begründet, bei dem Gericht eingereicht werden, bei dem das Verfahren zuletzt anhängig war.

⁵Schiedsgericht der Länder, SGdL-04-20-H



**PIRATEN
PARTEI**

Piratenpartei Deutschland
Schiedsgericht der Länder
Pflugstraße 9a, 10115 Berlin
anrufung@sgdl.piratenpartei.de
Fax: +49 234 96641607
BRD, den **03.01.2021**
AZ: **SGdL-04-20-H**

Die Wiederaufnahme ist einzureichen bei:

Piratenpartei Deutschland
Bundesgeschäftsstelle
-Schiedsgericht der Länder-
Pflugstraße 9a
10115 Berlin (Mitte)
anrufung@sgdl.piratenpartei.de

Gegen die Punkte 2 und 3 des Beschlusses sieht die SGO keine Rechtsmittel vor.

Wolfgang
Dudda

Melano
Gärtner
Berichterstatter

Stefan
Lorenz

Dominique
Reinoß

Vladimir
Dragnić

Die 1. Kammer des Schiedsgericht der Länder der Piratenpartei Deutschland wird vertreten durch:

Melano
Gärtner
Vorsitzender Richter

Dominique
Reinoß
Richter

Wolfgang
Dudda
Richter

Vladimir
Dragnić
Richter

Stefan
Lorenz
Richter